

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbelasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“, Zuschußtasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 2 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ct für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Sozialisierung von Baubetrieben. Der erste Schritt von der Theorie zur Praxis.

In diesen Tagen wird in Berlin der erste Schritt zur Sozialisierung von Baubetrieben getan. Freilich noch nicht zur Sozialisierung in dem Sinne, wie dies unser Verbandsrat in Weimar gewünscht hatte. Als Merkmal zu diesem Punkt hat sich zwar Schreiber dieser Zeilen auch für die Sozialisierung durch Gründung von Genossenschaften erklärt, weil er alle über den Kapitalismus hinausführenden Wege beschritten wissen will; aber in der vom Verbandsrat angenommenen Konstituierung wird nur von der Verstaatlichung und Kommunalisierung des Baugewerbes gesprochen. Reich, Einzelstaaten und Gemeinden sollen die vorhandenen Baubetriebe übernehmen und sie unter weitgehender Mitverwaltung der Arbeiter führen.

Von den Gegnern des staatlichen und kommunalen Selbstverwaltungsbetriebes wird nun gesagt, daß die Menschen heute noch nicht auf der Höhe stünden, die notwendig sei, um solche Betriebe rentabel zu machen. Bis heute sei viel zu sehr der persönliche Vorteil des einzelnen Menschen der Antrieb zu seinem wirtschaftlichen Streben gewesen; das Allgemeinwohl komme für die meisten Menschen erst in zweiter Linie. Die Menschen würden sich aber auch nicht von heute auf morgen ändern. Darum sei zu erwarten, daß ein staatlicher und kommunaler Regiebetrieb viel weniger leistungsfähig sei, als ein Betrieb, der auf den persönlichen Vorteil des Betriebshabers gegründet sei. Bei dem staatlichen und kommunalen Regiebetrieb sei keine persönliche Initiative des Leiters, es sei niemand vorhanden, der am Gelingen des Betriebes Interesse habe, weil jeder Angestellte sein Gehalt bezöge, ob nun der Betrieb mit Gewinn oder Verlust arbeite. Der staatliche und kommunale Regiebetrieb sei bürokratisch, er arbeite infolge dessen, wie jede bürokratische Organisation, zu langsam und verzögere dadurch die Produktion. Auch die Arbeiter arbeiteten in einem staatlichen oder kommunalen Regiebetrieb weniger als in einem Privatbetrieb usw.

Man muß zugeben, daß diese Gründe nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sind und wir haben auf diese Dinge auch auf dem Verbandskongreß bereits hingewiesen. Tatsächlich ist bis jetzt kommunale und staatliche Regiarbeit fast stets teuer geworden als Privatarbeit. Das lag sicher nicht zum wenigsten an den Unternehmern, die bei solchen Regiarbeiten bis jetzt die Arbeiter und die Werkzeuge stellen und die dabei um so mehr verdienen, je länger die Arbeit dauert. Sie belamen ja für jeden Arbeiter und jede Arbeitsstunde einen namhaften Aufschlag, ebenso für die Bestellung von Werkzeugen und Müßiggang. Tatsache ist aber auch, daß sich bei solchen Arbeiten die staatlichen oder kommunalen Bauleiter um die Leistung der Arbeiter, in der Regel überhaupt nicht oder nur sehr wenig gekümmert haben. Ob etwas oder nichts getan wurde, war ihnen ziemlich gleichgültig. Und da die Arbeiter wußten, daß weder der Unternehmer, bei dem sie beschäftigt waren, noch die beständige Bauleitung großen Wert auf die rasche Förderung der Arbeit legten, so richteten sie sich mit ihrer Arbeit entsprechend ein und leisteten gerade bei diesen Arbeiten, die sie als Einzugsleiter selbst mit beglänzt mußten, weniger, als sie für jeden privaten Unternehmer geleistet hätten. Vieles herrschte bei den Bauarbeitern die Meinung, Staats- und Gemeindepächtern können gar nicht so teuer werden. Und solche Erfahrungen werden auch heute, nach der Revolution noch gemacht. Während bei Privatunternehmern heute immer noch lebhaft gearbeitet wird, wird vielfach darüber geklagt, daß bei staatlichen und kommunalen Regiarbeiten, insbesondere bei den Hofbauarbeiten die Arbeitslust und die Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf das denkbar niedrigste Maß gesunken sei.

Diese Dinge können natürlich für Staat und Gemeinden kein Ansporn zur Verstaatlichung und

Kommunalisierung der Baubetriebe sein. Wie selbst möchten diese Art Sozialisierung auch gar nicht wünschen, wenn von der Verstaatlichung und Kommunalisierung der Baubetriebe laßfähig ein allgemeiner Rückgang der Arbeitslust und der Leistungsfähigkeit der Arbeiter zu befürchten wäre; denn der Zweck der Sozialisierung soll und darf nach unserer Meinung nicht die Verwirklichung irgendwelcher abstrakter Prinzipien sein, sondern die Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes, insbesondere eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Eine solche Besserung ist aber nur möglich, wenn in der Schöpfung von Werken kein Rückschlag, sondern eine Steigerung eintritt. Die Arbeiterschaft wird den Beweis zu erbringen haben, daß sie in sozialisierten Betrieben auch ohne Sklaventreiber ihre Pflicht mindestens ebenso erfüllt, wie in kapitalistischen Betrieben.

Die vorstehend skizzierten Befürchtungen sind auch auf den Sozialisierungsplan nicht ohne Einfluß geblieben, der nun in Berlin verwirklicht werden soll. Dieser Plan geht

Geliesene Nummern des „Grundstein“ werfe man nicht fort, sondern gebe sie seinem unorganisierten Arbeitskollegen!

aus von dem Schönberger Stadtbaurat Dr. ing. Martin Wagner. Herr Wagner will unter dem Namen „Soziale Baugesellschaft m. b. H.“ eine Art Produktivgenossenschaft ins Leben rufen. Die Gesellschaft soll finanziert werden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften; sie soll Mauer-, Zimmer- und Erdarbeiten ausführen und auch ganze Bauunternehmungen übernehmen sowie sich an Betrieben beteiligen, die mit der Durchführung dieses Zweckes in Verbindung stehen. (Zum Beispiel Ziegelerei, Märtel- oder Zementwerke.) Alle am Bau Interessierten, vom Bauherrn (Staat und Gemeinden) und vom Architekten bis zum Bauhilfsarbeiter, sollen in der Gesellschaft vertreten sein. Außer den der Gesellschaft selbst angehörenden Arbeitern, den sogenannten Stammarbeitern, soll die Gesellschaft je nach der vorliegenden Arbeit auch andere, sogenannte „fluktierende“ Arbeiter beschäftigen. Der erzielte Reingewinn soll an alle für die Gesellschaft Tätigen nach Maßgabe ihrer Leistung verteilt werden. Der Unternehmerprofiß fiele vollständig fort.

Die Soziale Baugesellschaft soll aufgebaut sein auf dem Grundgedanken der freien Konkurrenz; sie legt also, um bestehen zu können, von vornherein die wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber den Privatbetrieben oder doch mindestens die gleiche Leistungsfähigkeit wie die Privatbetriebe voraus. Um diese Leistungsfähigkeit sicherzustellen, soll der Grundgedanke der individuellen Bewertung der Arbeitskraft — das heißt: die Entlohnung der einzelnen Arbeiter und Angestellten auf Grund ihrer persönlichen Leistung — aufrechterhalten beziehungsweise neu eingeführt werden. Unter anderem ist für den sozialisierten Betrieb die Einführung der Akkordarbeit und der wissenschaftlichen Betriebsführung (Taylorsystem) vorgesehen. Da jeder für die Soziale Baugesellschaft Tätige an dem etwaigen Gewinn teilnimmt und die Ausbeutung der individuellen Arbeitskraft durch einen privaten Unternehmer aufhört, so kann auch bei Einführung der Akkordarbeit und des Taylorsystems von einer Ausbeutung der Arbeitskraft nicht mehr die Rede sein. Jeder Arbeiter bekommt dann eben das, was ihm auf Grund seiner Leistungen tatsächlich zukommt. Es ist sicher, daß durch dieses System, das den persönlichen Vorteil des einzelnen noch mehr als im kapitalistischen Betrieb von seiner persönlichen Leistung abhängig macht, die Leistungsfähigkeit und damit auch die Konkurrenzfähigkeit des sozialisierten Betriebes erheblich gesteigert wird.

Die Leitung des sozialisierten Betriebes soll in den Händen einer Direktion von 3 Betriebsleitern, einem künstlerischen, einem technischen und einem kaufmännischen Leiter,

liegen. Ihnen übergeordnet soll der Betriebsvorstand (Aufsichtsrat) sein, in dem außer den Vertretern von Reichs- und Staatsbehörden und den Vertretern der Arbeiter und Angestellten der Gesellschaft auch einige Vertreter der Gewerkschaften vorgehen sind. Ein Verwaltungsausschuß, der aus den 3 Betriebsleitern, 1 Angestellten und 2 Stammarbeitern der Gesellschaft bestehen soll, soll die laufenden Geschäfte des Betriebsvorstandes führen. Außerdem ist als Organ der Gesellschaft ein Betriebsausschuß vorgesehen und als oberste Instanz die Generalversammlung. Ueber die Aufgaben dieser Körperschaften sowie über ihre Zusammenfassung im einzelnen sind bereits genau formulierte Bestimmungen ausgearbeitet. Da sie noch nicht endgültig sind, so wollen wir auf ihre Beschreibung im einzelnen hier verzichten.

Am 20. Juni hat sich eine Vertretergeneralversammlung unseres Vereins Berlin mit dem Plan des Stadtbaurats Dr. Wagner beschäftigt. Dr. Wagner trug seine Ansichten in einem sehr interessanten Vortrag vor. Er ging dabei von den Bauhütten, jenen vorkapitalistischen Arbeiterbetrieben des Mittelalters aus, in denen Baumeister und Arbeiter noch in einer Person vereinigt waren und in denen die Baukunst zu einer später unerreichten Höhe gedieh. Dann schilderte er das Entstehen der kapitalistischen Bauwirtschaft mit ihren Ungleichheiten und Schäden, und schließlich erläuterte er eingehend seinen Plan zur Sozialisierung. In dem Wagner'schen Plan sieht eine gewaltige Gedankenarbeit; es ist deshalb erfreulich, daß der Vortrag demnächst gedruckt werden soll. Wir werden darauf noch öfter zurückkommen, um so mehr, da manche Einzelheiten des Planes Widerspruch herausfordern und noch der Klärung bedürfen.

In der Ansprache, die im Anschluß an den Wagner'schen Vortrag stattfand, wurde von mehreren Kollegen gewünscht, daß die Regierung mit der Sozialisierung endlich Ernst machen möchte. Ueber das, was Sozialisierung ist und über den Plan des Stadtbaurats Wagner gingen aber die Meinungen weit auseinander. Einige Redner verlangten die sofortige vollständige Verstaatlichung aller Produktionsmittel, andere hielten nur eine schrittweise Sozialisierung für möglich. Kollege Ellinger, der als Vertreter der „Grundstein“-Redaktion an der Versammlung teilnahm, machte darauf aufmerksam, daß gerade die Unklarheit und die Meinungsverschiedenheiten über das, was wir durchführen wollen und können, der Grund dafür sei, daß es mit der Sozialisierung nicht schneller vorwärts gehe. Die Soziale Baugesellschaft, wie Stadtbaurat Wagner sie will, bezeichnete Ellinger als ein Mittelglied zwischen kapitalistischer Privatwirtschaft und sozialistischer Gemeinwirtschaft. Das, Wagner wolle, sei Genossenschaftssozialismus auf neuer Grundlage. Infolge der Ausgestaltung des privaten Unternehmertums und des Unternehmerprofißes bedeute die Verwirklichung des Vorstehenden immerhin einen großen Schritt auf dem Wege zum Sozialismus. — Die Versammlung nahm darauf einstimmig folgende vom Kollegen Otto Hanke vorgelegte Entschliessung an:

„Die am 22. Juni 1919 tagende Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Verein Berlin, sieht lebhaftig in der unverzüglichen Sozialisierung des Baugewerbes die Möglichkeit, die baulichen Bedürfnisse in Staat und Gemeinden zu befriedigen und besonders der Wohnungsnot zu steuern. Bei der mangelnden Initiative der Behörden in dieser Frage verpflichtet sich die Versammlung, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf die Ausgestaltung des Unternehmertums gerichtet sind. Die durch die Sozialisierung des Baugewerbes erreichte Produktionssteigerung und Beschäftigung sollte aber nicht nur zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der im Betriebe beschäftigten Arbeiter dienen, sondern muß auch der Allgemeinheit zugute kommen.“

Die Soziale Baugesellschaft nach dem Plan Dr. Wagners wird wahrscheinlich in diesen Tagen gegründet werden.

Der zehnte Gewerkschaftskongress.

Nürnberg, den 3. Juli 1919.
Die erste Hälfte des Gewerkschaftskongresses liegt hinter uns, aber von der umfangreichen Tagesordnung ist bis jetzt nur wenig geteilt. Nahezu 2½ Tage hat der Kongress zur Erledigung der ersten beiden Punkte der Tagesordnung gebraucht: der Konstituierung einschließlich der Begrüßung durch die in- und ausländischen Gäste und der Entgegennahme und Diskussion des Rechenschaftsberichts der Generalkommission. Es ist zweckmäßig, daß wir einweln über den ersten Teil des Kongresses berichten, denn wenn wir warten wollten bis zum Schluß des Kongresses, dann läme unser Bericht für diese Nummer des „Grundstein“ zu spät.

Der Kongress tagt in dem großen Saal des Kulturvereins. Hier wurden auch die Delegierten am Vorabend des Kongresses in einer festlichen Veranstaltung von der organisierten Nürnberg Arbeiterchaft begrüßt. Der Kongress selbst ist eine Massenversammlung. 634 Delegierte waren am ersten Tage anwesend, die rund 5 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten. Zu ihnen kommen noch die Mitglieder der Generalkommission sowie die in- und ausländischen Gäste und eine ziemliche Anzahl Zeitungsmenschen. Für die politischen Bedürfnisse der Kongreßteilnehmer und Berichtsersteller ist durch die Einrichtung einer Poststelle unmittelbar neben dem Sitzungssaal gesorgt. Auch ein großer Schreibsaal steht den Delegierten zur Verfügung. Die Regierungen, die 1905 zur Befriedigung des Kongresses „keine Zeit“ hatten und infolge dessen später nicht mehr eingeladen wurden, sind auch zu diesem Kongress nicht geladen worden, doch sind unter den Kongressmitgliedern mehrere Regierungsvertreter, unter ihnen der Ernährungsminister Robert Schmidt.

Dem Kongress sah man allseitig mit großer Spannung entgegen. Waren doch auf ihm zum ersten Male, wie auf unserm Verbandstage, bewusste Vertreter verschiedener politischer Parteien anwesend, von denen bekannt war, daß sie auf dem Kongress ihre Kräfte messen und ihre Anhänger zählen wollten. Die Spannung verflachte sich bei einem Teil der Delegierten noch, als am Abend vor der Eröffnung des Kongresses bekannt wurde, daß die Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und die der Kommunistischen Partei Deutschlands schon einen Tag zuvor eine Sonderkonferenz abgehalten und „Richtlinien für die Opposition“ aufgestellt hatten. Die politischen Gegensätze machten sich auch gleich bei der Wahl der Kongressleitung bemerkbar. Die Opposition verlangte die Wahl von Vertretern ihrer Richtung ins Bureau. Der Kongress billigte ihr 3 Schriftführer und 4 Vertreter in der Mandatprüfungskommission zu.

Bei Eröffnung des Kongresses hatte Legien der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die gewerkschaftliche Einigkeit erhalten bleibe und daß auch die politische Einigkeit der Arbeiterklasse wiederhergestellt werde; denn die Arbeiterchaft sei es, die den Wiederaufbau unserer zertrümmerten Wirtschaft zu leisten habe, und dazu sei Einigkeit dringend nötig. In gleichem Sinne sprachen in ihren Begrüßungsreden auch die Vertreter der bayerischen Regierung und der Stadt Nürnberg sowie der Vertreter des Nürnberger Gewerkschaftsartikels und einige andere Gäste.

Unsere Kinder und unser Kampf.

Kapitalistischer Geist erfüllt die Welt. — Das zeigt uns von selber, daß ein Gegenjoh besteht zwischen der Welt draußen und der daheim. Da draußen ist eben die Welt von heute mit ihrem Eigennutz und ihrer kapitalistischen Ökonomie. Nur daheim kann wohnen der Geist der Gerechtigkeit, der Geist des Verleiens, der Einigkeit, der Liebe. Und so ist die Welt daheim die Pfingstlands des Geistes der kommenden Zeit und es muß unser Streben sein, die Welt daheim der Welt der Zukunft dienbar zu machen. Sie mehr wir daheim pflegen die inneren Werte, um so mehr tragen wir davon durch unsere Kinder hinein in die Zukunftswelt.

Ein ständiges Zukunftswelt soll sich also daheim abspielen. Freit von kapitalistischem Geiste muß darum das Leben bei uns sein. Was daheim geschieht, soll getan werden im Geiste des Menschentums, und es soll vollbracht werden, um dem Gange, der Familie, zu dienen, um andere, die Eltern und Geschwister, zu erfreuen. Aus edelsten Motiven heraus soll da alles Denken und Handeln geschehen. Die Liebe soll da sein des Lebens Sinn. Und dennoch: wie manchmal wird nicht auch bei uns eine gute Tat, ein Liebesdienst, mit Geld belohnt, und wenn es auch nur wenige Pfennige sind?

Quers ist soll die Seele werden in unserm Kinde; es soll innerlich reich werden und groß und stark, dann verliert es von selber naher den gewerkschaftlichen Arbeitskampf; ja, dann führt es dieses Kampfes ganze Seele, da es selbst reich ist an innerem Wert; und da es sieht, daß der Kapitalismus jedes seelischen Lebens berührt, daß das seelische Glück uns nur wird in jener freien Wirtschaftswelt, die unser gewerkschaftlicher Kampf erstrebt.

Eine gewaltige Macht bedeutet heute der gewerkschaftliche Verband. Wie sind die Organisationen gewachsen und groß geworden! Und sie werden weiter wachsen. Doch nicht nur an Zahl. Auch an Kulturgehalt. Wie spricht man schon heute mit Achtung von der gewerkschaftlichen Disziplin, der gewerkschaftlichen Kreue, der gewerkschaftlichen Solidarisität. Auch diese Werte werden zunehmen und wachsen. Immer klarer, reiner, weiter und tiefer wird mit der Organisation herortreten die lüftliche

Aus den Begrüßungsansprachen der ausländischen Gewerkschaftsvertreter ging hervor, daß die Stärke und der Einfluß der Gewerkschaften überall im Wachsen sind. Die Einführung des Achtstundentages in den Ländern der Revolution hat auch in den anderen Ländern eine mächtige Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit entfacht. In Norwegen hat die Bewegung für den Achtstundentag bereits zum Siege geführt, und auch in Holland ist man auf dem Wege zum Achtstundentag. Sehr angenehm war es, von den Vertretern der ausländischen Gewerkschaften zu hören, daß die Arbeiterchaft keines Landes den Frieden von Versailles als einen Frieden des Rechts ansehe, sondern entschlossen sei, so lange gegen diesen Nachfrieden zu kämpfen, bis ein Friede des Rechts errungen sei. Einmütigen Beifall fand der alte und doch immer noch jugendliche „Papa Kreuzlich“ aus Zürich als Vertreter der Schweizer Arbeiterchaft. Er ist vor 51 Jahren auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Nürnberg gewesen und hat die ganze Entwicklung der Sozialdemokratie von der Sekte zur Partei und schließlich zur stärksten Macht in Deutschland mit erlebt. Er lobte den hohen Schöpfung der Führer und Dränger, machte sie aber auch darauf aufmerksam, daß nicht alles so kommen werde, wie sie heute in ihrem Enthusiasmus glauben. Vor 51 Jahren habe a n c h er bestimmt geglaubt, in 5 oder 10 Jahren werde man den Sozialismus haben. Die Arbeiter unterliegen zu leicht die bescheidenen Schwierigkeiten und vergähnen die tatsächlichen Machtverhältnisse. Eindringlich mahnte Kreuzlich die deutschen Arbeiter zur Einigkeit. Sie würden, auch unter den günstigsten Umständen, die Gewerkschaften noch auf Jahrzehnte hinaus nicht entbehren können. — Der Vertreter der österreichischen Gewerkschaften, Grünwald (Wien), sprach unter lebhaftem Beifall des Kongresses die Hoffnung aus, die Deutschösterreicher möchten am nächsten Kongress nicht mehr als Gäste, sondern als Delegierte inmitten der deutschen Brüder teilnehmen können.

Bei Festlegung der Geschäftsordnung und der Tagesordnung des Kongresses machte sich die Opposition auf's Neue bemerkbar. Sie verlangte, den eingetragenen Rednern nicht nach der Reihenfolge der Eintragung das Wort zu erteilen, sondern abwechselnd einen Redner der Opposition und einen andern Redner sprechen zu lassen. Das wurde abgelehnt. Am jedoch die Opposition ausweichend zu Worte kommen zu lassen, billigte der Kongress zunächst zum Rechenschaftsbericht der Generalkommission einen Vertreter der Opposition die gleiche Redezeit zu wie dem Berichtsersteller. Der Kongress billigte ferner der Opposition auf ihren Wunsch zum Punkt „Richtlinien für die künftige Wirtschaft der Gewerkschaften und die Aufgabe der Betriebsräte“ sowie bei dem Punkt „Arbeitsgemeinschaft“ je ein Korreferat zu. Zum Punkt „Sozialisierung“ verlangte die Opposition 2 Korreferate, mooson eines von einem Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und eines von einem Anhänger der Kommunistischen Partei gehalten werden sollte. Vom Kongress wurde, um die Sozialisierungsfrage gründlich zu klären, dementsprechend beschloffen.

Nach Erledigung dieser Formalitäten war der erste halbe Tag zu Ende. Am Nachmittag nahm der Kongress den Rechenschaftsbericht der Generalkommission

und die dazu gehörige Rede des Vertreters der Opposition entgegen. Den Rechenschaftsbericht gab Legien. Er ging mit den Anklagen der Generalkommission von vornherein scharf ins Gericht und fand dabei wiederholt stürmischen Beifall bei der Mehrheit des Kongresses, weckte aber auch wiederholt den stürmischen Widerspruch der Opposition. Er machte darauf aufmerksam, daß heute mancher die Tätigkeit der Generalkommission kritisiere, der vor dem Kriege und sogar noch während des Krieges eine gute Stütze der Unternehmer war. Die Generalkommission habe während des Krieges, wenn sie die Interessen der Arbeiter wahrnehmen wollte, keine andere Politik treiben können, als die sie getrieben habe. Besonders stark Beifall fand Legien, als er die Maßregelung von Gewerkschaftsangehörigen wegen ihrer politischen Gesinnung geißelte und als er erklärte, nicht die Politik der Generalkommission sei schuld an dem Unglück und der augenblicklichen verzweifelt Lage Deutschlands, sondern die Politik ihrer Leute, die die Einheit der deutschen Arbeiterbewegung gestiftet und die auf die Niederlage Deutschlands hingearbeitet haben. Legien schloß: Der Kongress könne entscheiden, wie er wolle, da's Bewußtsein könne er der Generalkommission nicht nehmen, daß sie immer das Beste für die deutschen Arbeiter getan habe.

Als Vertreter der Opposition erließ D i j m a n n, Frankfurt a. M., das Wort. Er bestieg die Tribüne mit einem ganzen Arm voll Schriften, was die Heiterkeit des Kongresses erweckte. D i j m a n n kritisierte sehr scharf die Politik der Generalkommission, wobei er viel aus dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ zitierte. Er behauptete, die Politik der Generalkommission sei mit schuld an dem Elend des deutschen Volkes. Die Generalkommission habe den alten Machthabern die Steigbügel gehalten, die Regierung unterstützt und damit die Verlängerung des Krieges ermöglicht. D i j m a n n fand mit seiner Rede wiederholt stürmischen Beifall bei der Opposition. Tugend etwas Neues, die die Generalkommission und die Politik der Gewerkschaften sagte er nicht; er brachte nur die Anklagen auf's Neue vor, mit denen die Opposition seit langem gearbeitet hat. Als er gesprochen hatte, war der erste Kongrestag zu Ende.

Am zweiten Tage bekamen, nachdem die Mandatprüfungskommission Bericht erstattet hatte, zunächst die Beglückten der gegen die Generalkommission gerichteten Anträge das Wort. Auch dabei wurde nichts Neues zutage gefördert, und ebenso ergab die Diskussion nicht viel Neues. Die Opposition trat mit großer Leidenschaft ihre Bekannten, mehr für die Arbeiter draußen als für den Kongress berechneten Anklagen vor. Vertreter der Mehrheit antworteten darauf. Großen Eindruck machte die Rede des Ernährungsministers Robert Schmidt, der die Opposition aufbotete, doch dem Kongress zu sagen, was denn die Gewerkschaften am 4. August 1914 hätten tun sollen, und der sie fragte, warum denn keiner der Oppositionen Anhänger damals Vorklänge gemacht, warum niemand die Aufgaben, die die Gewerkschaften angeblich verüßigt haben sollen, übernommen habe. Habe man etwa die Proklamierung des Generalstreiks bei Ausbruch des Krieges erwartet? Die deutschen Gewerkschaften hätten ihn niemals in Aussicht gestellt. Das hätten die Romanen getan; aber auch sie hätten bei Kriegsausbruch

„Doch, die in ihr steht; immer mehr wird der Begriff „gewerkschaftlicher Kampf“ sich bedeuten mit dem Begriff höchsten Menschentums. Und unser Geist wird's sein, der dann in jenen liebedürftigen Zeiten den Kampf befeuert, wenn wir unsere Kinder mit unserer ganzen Persönlichkeit eingeben diese gewerkschaftliche Kampfschule.“

Dr. Gustav Hoffmann.

Betonhohlwände aus Winkelsteinen.

Von Friedrich Guß, Architekt.

Der Wiederlebe des verschwenderischen Verbrauchs von Baumaterial, wie er vor dem Kriege in Deutschland geübt wurde, muß auf jede mögliche Weise entgegengewirkt werden. Dies gilt in besonderem Maße von der Ausführung der Mauern, die in konventioneller Weise häufig aus reiner Gedankenlosigkeit, im allgemeinen viel stärker ausgeführt werden, als es die weitestgehende Sicherheit bedingt. Die größten Ersparnisse an Material und Arbeitskraft sind, wie an verschiedenen Konstruktionen auf der Ausstellung „Eparname Baulöffe“ in Berlin mit wissenschaftlicher Gründlichkeit nachgewiesen wird, durch Herstellung von Hohlwänden an Stelle von Vollmauern zu erzielen. Sie gewähren uns auch den wesentlichen Vorteil einer besseren Wärmeökonomie.

In Amerika sind Hohlwände aus Beton schon seit wenigstens zwei Jahrzehnten gebräuchlich; insbesondere hat sich dort der Hohlblock schnell eingeführt, während er sich in Deutschland vor dem Kriege absolut nicht eingebürgert vermochte. Er scheiterte teils an dem Widerstande der deutschen Baubehörden, die sich für Fortschritt im Bauwesen überhaupt sehr langsam zu erwärmen vermochten, teils an den bequemen Bewohnlichkeiten der Bauunternehmer. Nun soll es anders werden; die Not ist eine gute Lehrmeisterin. Wiewohl wird nun die den wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßte Hohlwand zur Regel, und die vollständige Hohlwand, die nur für besondere stark beladete Bauteile in Betracht kommt, zur Ausnahme werden. Besonders praktisch und zweckmäßig ist das System

Roll & Röhren, Leipzig. Diese Firma verwendet für ihre auf der Ausstellung in infanterischer Weise vorgeführten patentierten Hohlwände nicht Hohlziegel, sondern Winkelsteine, die durch zusammengefügt werden, daß sich Hohlräume von rechthöckigem Querschnitt ergeben. Die Steine werden außen und innen nach Art von Quadern im rechteckigen Verbände besetzt, doch sind die Steine der Außenreihe von anderer Beschaffenheit als die der Innenreihe. Die Steine der Außenreihe werden aus dichten, weiterbeständigem Kiesbeton, die der Innenreihe — um eine ungeladene Wandfläche zu erhalten — aus Schlackenbeton hergestellt. Die mit Lufträumen durchsetzte Mauer von nur 30 cm Stärke besitzt ein bedeutend geringeres Wärmeleitungsvermögen als eine 30 cm (also 1½ Stein) dicke Ziegelwand, die sie in den weitaus meisten Fällen vollkommen zu vertreten vermag. Die behandelte Materialersparnis ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung: Für den Quadratmeter Betonhohlwand werden gebraucht: 16 Winkelsteine (zu deren Herstellung insgesamt 30 kg Zement, 0,18 cbm Kiesand und 0,15 cbm Schlacke erforderlich sind) und 10 Liter Mörtel, während für den Quadratmeter 39 cm starke Ziegelwand 150 Stück Ziegel und 110 Liter Mörtel erforderlich sind. Der Quadratmeter Betonhohlwand wiegt 250 kg, der Quadratmeter Ziegelwand 685 kg.

Dieser Vergleich ergibt außer der sehr erheblichen Ersparnis an Material noch folgende Vorteile der hier behandelten Hohlbauweise: Infolge der geringen Belastung können die Grundwände und Fundamente schwächer als bei Ausführung von Vollmauern ausgeführt werden, wodurch sich weitere Ersparnisse ergeben. Es verringern sich Fracht- und Frachtkosten für den Transport des Materials. Die Arbeit gestaltet sich leichter vor sich; denn obgleich die großen Winkelsteine mit ihren 50 und 30 cm langen, 5 cm starken Schenkeln bei 25 cm Höhe natürlich schwerer als ein einzelner Ziegelstein sind, erfordert doch das Verlegen von 16 Steinen sowie die Herstellung und der Verbrauch von 10 Liter Mörtel für den Quadratmeter naturgemäß eine viel geringere Arbeitszeit als das Vermauern von 150 Stück Ziegeln mit 110 Liter Mörtel.

nichts gegen den Krieg unternehmen können. An der Verlängerung des Krieges sei nicht die Pflicht der Gewerkschaften, sondern seien die Entenkapitalisten schuld, die von Anfang an durchgehen wollten, was sie nun fastlich durchgehend haben. Alle auf das Drängen der Generalkommission und der deutschen Gewerkschaften gemachten Friedensangebote auf Grund einer Verständigung der Wäter habe die Entente zurückgewiesen, weil sie keinen Frieden der Verständigung, sondern einen Gewaltfrieden wollte. Dadurch und nicht durch die Schuld der Generalkommission sei der Krieg verlängert worden.

In seinem Schlusswort ließ Bümann noch einmal alle Mühen seiner Vereinnahmung springen. Er sprach nicht nur mit dem Mund, sondern schlug auch mit Händen und Füßen, ja mit dem ganzen Körper. Im Gegensatz zu ihm sprach Regien in seinem Schlusswort außerordentlich ruhig und sachlich; er vermißte jede Pole.

Die Abstimmung über die zum Nachschickungsbericht der Generalkommission vorliegenden Anträge wurde, da es inzwischen schon spät geworden war und die Opposition nicht die Zeit hatte, die Abstimmung beantragt hatte, am Mittwoch morgen verschoben. Zur Abstimmung kam zunächst eine Resolution Giebel und Genossen, die der Generalkommission das Vertrauen ausdrückt. Sie lautet:

Der letzte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands stellt nach Entgegennahme des Beschlusses der Generalkommission über ihre Tätigkeit während der verfloffenen Geschäftsperiode fest, daß die Generalkommission befristet war, im Rahmen ihrer Aufgaben die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen und zu fördern. Der Kongress weist deshalb die in der Öffentlichkeit gegen die Generalkommission erhobenen Anschuldigungen, die sie habe die Arbeiterklasse im Dienste der Entente verraten, entschieden zurück. Unter voller Würdigung der Tatsache, daß Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Lösung der einzelnen in die Gewerkschaften herangetragenen Fragen bestehen können, spricht der Kongress der Generalkommission sein Vertrauen aus.

Diese Resolution wurde mit 445 gegen 179 Stimmen angenommen. Damit hatte der Kongress mit großer Mehrheit die Politik der Generalkommission während des Krieges als richtig anerkannt. Nach einer nachträglich vorgenommenen Berechnung vertreten die 179 Delegierten der Opposition 1483 719 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die 445 mit „Ja“ stimmenden Delegierten 2307 335. Ein Delegierter mit 8500 Mitgliedern hat sich der Abstimmung entzogen, und einige Delegierte mit etwa 66 000 Mitgliedern haben gefehlt. Die Gegner des Vertrauensvotums wurden hauptsächlich von den Delegationen der Metallarbeiter, Eisenbahner und Handlungsgewerkschaften gestellt, also von jenen Organisationen, die erst während des Krieges beziehungsweise während der Revolution den Hauptteil ihrer Mitglieder gewonnen haben. Von Delegierten der Mehrheit wurde deshalb auch mit vollem Rechte gesagt, daß das Vertrauen der Opposition zum guten Teil von Arbeitern getragen werde, die bis vor kurzer Zeit noch nicht gewerkschaftlich organisiert waren und die zum Teil direkt aus dem Lager der Gelten kamen.

Nachdem die Opposition in der ersten Abstimmung eine Krollprobe versagt und ihre Stimmen gedrückt hatte, nahm sie zu weiteren nennenswerten Abstimmungen Abstand. Was sie erreichen wollte, hat sie wenigstens zum Teil erreicht. Man kennt jetzt die Gegner der Opposition, und man darf

erwarten, daß in der nächsten Zeit gegen sie eine kräftige Hege einsetzt.

Eine zweite Resolution beschäftigt sich mit dem Rostöcker Streik gegen die Eisenbahner. Sie lehnt die wilden Streiks der Eisenbahner ab, erhebt aber gleichzeitig Einspruch gegen den Rostöcker Streik, durch den das Streikrecht der Eisenbahner vorübergehend beseitigt wurde. An die Eisenbahner und an die gesamte deutsche Arbeiterschaft wird der dringende Appell gerichtet, ihre Interessen — und zwar, wie später hinzugefügt wurde: ihre wirtschaftlichen Interessen — nur in Rahmen ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu vertreten und in Anbetracht der trostlosen Lage Deutschlands und seiner Arbeiterklasse wilde Streiks zu unterlassen. Die Resolution wurde in absehbarer Abstimmung mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Gegen einzelne Absätze stimmten nur wenige Delegierte, vermutlich jene, die glauben, daß aus der völligen Berrüttung des deutschen Wirtschaftslebens und aus dem grenzenlosen Hunger und Elend der deutschen Arbeiter erst jetzt ihre Rettung erblicke.

Angenommen wurde eine Resolution, in der die Aufhebung des Belagerungszustandes im Inlandtriestgebiet und die Haftentlassung der wegen Streikvergehen verurteilten oder in Schubhaft genommenen Gewerkschaftsmitglieder gefordert wird.

Angenommen wurde ferner eine Resolution Paplow und Genossen, in der die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien proklamiert und das Mannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei aufgehoben wird. Die Entschiedenheit hat folgenden Wortlaut:

Der letzte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt, daß die Gewerkschaften die Arbeitnehmer unbedarbt der politischen oder religiösen Überzeugung des einzelnen zu einheitlicher und geschlossener Aktion zwecks Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen vereinen müssen.

Das Mannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom Jahre 1906, das eine Verständigung der beiden Zentralkomitees bei wichtigen, die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft betreffenden Fragen verlangt, hatte den Zweck, diese Aktionskraft der Arbeiterschaft durch Vereinigung von Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeiterbewegung zu erhöhen. Die politische Neutralität der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern wurde davon nicht berührt.

Aber dieses Abkommen hatte eine einseitige politische Interessenerweiterung der deutschen Arbeiter zur Voraussetzung. Diese Voraussetzung ist nicht mehr vorhanden. Die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei gefährdet auch die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Gewerkschaften. Der Gewerkschaftsbesitz liegt sich daher genügt, die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die politischen Meinungskämpfe der Arbeiter dürfen die Stohkraft ihrer wirtschaftlichen Interessenerweiterung, der Gewerkschaften, nicht schwächen. Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die einen beruflichen Interessen ihrer Mitglieder beschränken, sie müssen vielmehr zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.

Diese Entschcheidung wurde in der Gesamtabstimmung gegen 2 Stimmen angenommen. Bei der vorausgegangenen abschließenden Abstimmung hatte gegen einzelne Absätze niemand, gegen andere hatten wenige Delegierte gestimmt.

Mit diesen Abstimmungen, die bis kurz vor Mittag dauerten, waren die sonst zum Bericht der Generalkommission

vorliegenden Anträge und damit der ganze Bericht der Generalkommission erledigt. Es folgte dann ein Vortrag von Gertrud Hanna über die Organisation der Arbeiterinnen. Am Nachmittag sprach Reipart über die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und die Aufgaben der Betriebsräte. Wir werden darüber, wie auch über den ferneren Verlauf des Kongresses in nächster Nummer berichten.

A. E.

Was versteht man unter Volksvermögen?

Von Dr. Oskar Stille.

Vermögen ist ein Mittel im Kampf um Dasein, sowohl der Individuen wie der Völker. Es stellt dar die Verfügungsgewalt über die Gesamtheit der wirtschaftlichen Güter einer Person oder eines Volkes oder einer Nation.

Danach unterscheiden wir 3 Arten von Vermögen: 1. Privatvermögen, 2. Volksvermögen, 3. Nationalvermögen. Das Privatvermögen umfasst alle Güter einer Privatperson, sei es, daß sie sich in ihrem Eigentum oder in ihrem Besitz befinden. Es unterscheidet sich vom Volksvermögen insofern dadurch, daß es nicht durchweg die gleichen Güter in sich begreift wie das Volksvermögen. Zum Privatvermögen gehören zunächst Dinge wie Geld und Wertpapiere, die nicht Bestandteile des Volksvermögens sind. Es gibt niemanden, der sie nicht zu seinem Privatvermögen zähle. Zum Volksvermögen aber gehören sie nicht. So weit das Geld als Geldmittel besteht, wird allerdings das Volksvermögen um den Wert des Metalls vermehrt. Diese Vermehrung aber wird nicht bewirkt durch das Geld. Das Vermögen des deutschen Volkes erhöht sich um seinen Pfennig, wenn statt 20 Milliarden Mark Papiergeld ausgegeben werden. Das gleiche gilt von den Wertpapieren, Aktien und Anleihen sind stets nur Bestandteile des Privatvermögens. Denn Aktien sind volkswirtschaftlich betrachtet nur die Passiven bestimmter als Aktiva vorhandener Vermögenswerte. Auch die Schuldverschreibungen, die privatwirtschaftlich einen Vermögenswert darstellen, sind volkswirtschaftlich kein solcher. Wenn man daher mit den hunderten von Milliarden Mark Kriegsanleihen den Reichum Deutschlands beweisen will, so beweist man etwas mit einem untauglichen Mittel. Denn volkswirtschaftlich betrachtet ist ein solches Staatsschuldenspapier nichts anderes als der Ausdruck dafür, daß X an Y eine Forderung begründet hat. Das Volksvermögen erfährt durch diese Forderung zunächst weder eine Verminderung noch eine Vermehrung. Dasselbe gilt von allen Kapitalswertungsinstrumenten. Dabei ist das Steigen oder Sinken ihres Wertes keineswegs als eine Vermehrung oder Verminderung des Volksvermögens aufzufassen, wie das häufig geschieht. Als nach dem unglücklichen Kriegsausgang während der Revolution im letzten Vierteljahr 1918 an der Spitze einer ungeheuren Kurskatastrophe eintrat, schrieb eine Berliner Zeitung, „Die Welt am Montag“, vom 9. Dezember 1918, daß der Rückgang der Wertpapiere das deutsche Volksvermögen um mindestens 15 Milliarden Mark vermindert habe. Diese Auffassung beruht auf einer ganz falschen

Wörter ist ja im Grunde auch nichts anderes als ein Kitt, der die Mauersteine, Ziegelsteine usw. verbindet. Man wird unterscheiden müssen, ob es sich um das Verbinden von Steinblöcken in Steinmauern oder um das Verbinden zweier Steinfragmente handelt. Für größere Steinblöcke, zum Beispiel in Sandstein, fertigt man einen Kitt aus folgenden Bestandteilen: 7 Teile zu Staub zerfallenen Kalkes werden in 500 Teilen Wasser dillig gelöst, dann 1 Teil Erde hinzugefügt. Dann stellt man sich eine Leinwand von 1 Teil Feinstseife in 3 Teilen Wasser her und läßt diese Lösung in dünnem Strahl unter beständigem Umrühren in die vorher bereitete Kalkmilch fließen. Mit dieser Flüssigkeit vermischt man 450 Teile feingewaschenen Sand und 900 Teile getrockneten Gips, wobei ein feiner Reibzettel, der feinst bearbeitet werden muß und noch etwa 12 Stunden erhärtet. — Einen wasserfesten Stein Kitt stellt man in folgender Weise her: Man reibt 15 Teile geästeten Kalk, 15 Teile Kieselgur und 8 Teile Weiglätte mit Leinwand an, so daß eine steife Paste entsteht. Zum Kittlen kleinerer Steingegenstände verwendet man nach Decker folgenden Kitt: Man stellt eine feste Leinwand her und läßt diese unter ständigen Umrühren feinst Staublack zu, so daß eine dickflüssige Masse entsteht, die in noch wärmerem Zustande verarbeitet wird. Der warme Kitt wird dünn auf die Steinflächen der gleichfalls erwärmten, miteinander zu verbindenden Gegenstände aufgetragen. Die Steinblöcke sind aufeinander zu pressen; der aus den Fugen herausretende Kitt wird noch einigen Stunden mit einem feuchten Lappen entfernt.

Außer den Kalkkitteln finden auch Schellack- und Gipskitt für Steinarbeiten Verwendung. Man schmilzt zum Beispiel 1 kg Schellack mit 1 kg Weinsteinpulver zusammen und rührt die erhaltene Masse an einem aufgeschüttelten Feuer zu einer Slange aus. Die Steinflächen werden mit dieser Slange bestrichen und erst dann mit einem feinen Reibzettel abgerieben, damit sie dem Bestreichen mit der so bereiteten Kittlösung in noch wärmerem Zustande annehmen, um die Verbindung der Teile zu bewirken. Ein Gipskitt wird zum Beispiel aus folgenden Bestandteilen hergestellt: 5 Teile Nadelnharz, 5 Teile Schmelz und 10 bis 15 Teile Zeilpulver werden zusammen geschmolzen. Der Kitt wird

in heißem Zustande verwendet. — Steinpulver, Ziegelmeßl und zerlegten können in geringen Quantitäten den meisten Steinarten zugesetzt werden. Es geschieht dies namentlich, um dem Kitt wenigstens annähernd Härte und Struktur der verklebten Steingegenstände zu geben.

Zur Verbindung von Marmorbruchstücken verwendet man einen Leinwandkitt. Die Bruchflächen der Marmorstücke werden mit einer Lösung von Kopalack in Terpentinöl getrichen. Auf die so vorbereitete Fläche kommt in dünner Schicht der Kitt, den man sich bereitet, indem man 25 Teile feinen Ziegelmeßl mit 3 Teilen Leinwandvermischung gut mischt, dann unter Fortsetzung des Reibens und Rührens 3 Teile geschlämme Weiglätte hinzusetzt. Für Sandsteinarbeiten verwendet man gleichfalls einen Leinwandkitt, der aber sehr langsam erhärtet. 10 Teile Sapindurose, 8 Teile Weiglätte, 5 Teile Staublack, 1 Teil Mehl und 1 Teil Zinkweiß werden gut gemischt und mit 8 Teilen Leinwandvermischung vermischt, so daß sich ein steifer Kitt bildet. In verschiedenen Steinarten spielt das Bajerglas eine große Rolle. Man unterzögelt bekanntlich Stein- und Marmoroberflächen. Diese Verbindungen erhält man durch Zusammenmischen des Kalks oder Natronsalzes mit Weinsäure (Quarz, Sand usw.). Die mit Wasser ausgelaugte Masse kommt in juxtopaktiger Konsistenz in den Handel. Sie ist zu Steinmitteln sehr geeignet, da die Leide des Magnesiums, Kaliums und Natriums unter Bildung sehr harter unlöslicher Silikate zu festen Massen erhärten. Ein bearbeiteter Stein Kitt wird zum Beispiel aus 50 Teilen weißer, gestiebter Tonerde, 150 Teilen feingewasener geschlämmer Kreide und 100 Teilen Kalkpulver hergestellt, die innig miteinander vermischt und dann mit jodell Bajerglas zusammengeknetet werden, bis ein plastischer Kitt entsteht.

Die Zahl der bekanntgewordenen Kitt für Steinarbeiten ist sehr groß; ich habe mich hier auf einige Beispiele beschränkt und namentlich solche Kitt ausgewählt, deren Herstellung nicht zuviel Schwierigkeiten bereitet. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß heute Ceme, Rade und ganze ziemlich komplizierte Stoffe sind. Wo man also mit den einfachen Kalkkitteln auskommt, wird man diesen den Vorzug geben.

Steinkitt.

ATK. Ein Hauptbestandteil guter Steinkitt ist der geästete Kalk oder Weisstein, der bekanntlich durch Verwehen des in der Natur als Kalkstein und Marmor vorkommenden kohlensauren Kaltes gewonnen wird. Der geästete Kalk entsteht bekanntlich durch Erhitzen des kohlensauren Kaltes und zerfällt in geästeten Kalk (Kalkbrenner). Das pulverige Kalkpulver nimmt gewöhnlich Kohlenstaub auf und verbindet sich in kohlensauren Kalk unter gleichzeitiger Erhärtung. Von dieser Eigenschaft macht man sowohl bei Verwendung des Kalkbrenners für Baugewebe Gebrauch, wie bei der Herstellung und Verarbeitung von Steinkitteln. Der



Vorstellung. Denn das Volkvermögen wurde durch diesen Ausfall überhaupt nicht vermindert, da die davon betroffenen Wertpapiere gar nicht zum Volkvermögen gehören. Niemand kann durch eine auch noch so große Baiffen an der Höhe des Volkvermögens auch nur um einen Pfennig vermindert oder geschädigt werden.

Das gleiche gilt von den auswärtigen Anleihen eines Staates, wenn sie, wie es in Rußland der Fall war, für ungültig erklärt werden. Die Milliarden an russischen Staatspapieren, die in Frankreich, Deutschland und andern Ländern untergebracht waren, wurden 1918 von der sozialdemokratischen Sowjetregierung für kraftlos erklärt. Dadurch erlitt zwar die große Zahl der größten Besitzer dieser Anleihen einen empfindlichen Verlust, nicht aber die Volkswirtschaft als solche. Der Vorgang zog direkt nur die Privat-, nicht aber die Volkswirtschaft in Mitleidenschaft. Indirekt ist freilich auch eine Wirkung auf die Gesamtheit vorhanden, als diese von der durch den russischen Staatsbankrott bewirkten verminderten Kaufkraft der Anleihebesitzer berührt wird.

Ist es so richtig und korrekt, auf der einen Seite vom Volkvermögen Geld und Wertpapiere zu scheiden, und sie nur dem Privatvermögen zuzugählen, so müssen andererseits wieder gewisse Güter dem Volkvermögen hinzugefügt werden, die nicht Bestandteile des Privatvermögens sind. Diese Güter aber sind die freien. Es beruht natürlich nicht auf Zufall, daß die freien Güter zum Volkvermögen gehören, obgleich sie für die Kaufkraft nicht in Betracht kommen. Sie sind allen zugänglich und soweit es sich um produzierende Elemente handelt, für die Gesamtwirtschaft von hervorragender Bedeutung. Was wäre Deutschland ohne das Wasser seiner Seen und großen Ströme! Welch gewaltige Mächte spielen Sonne und Regen für Anbau und Ertrag der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen! Länder mit günstiger Klima sind solchen mit weniger günstigen in produktiver Beziehung wesentlich überlegen.

Ein weiterer Unterschied zwischen Privat- und Volkvermögen besteht darin, daß man das erste ziffernmäßig erfassen kann, nicht das letztere. Die Güter, die der einzelne besitzt, haben Kaufwert und selbst da, wo dieser im Einzelfall schwer feststellbar ist, wo jemand zum Beispiel ein Haus besitzt, das er nicht verkaufen kann, läßt sich aus dem Ertrag desselben sein gemeiner Wert annähernd ermitteln. Ebenso haben die meisten Wertpapiere einen Börsenwert. Trotz dieser Feststellbarkeit gibt es in Deutschland keine private Vermögensstatistik. Dieser Mangel muß verhältnismäßig sein für alle Zwecke, auf der Grundlage von Wüßnissen wie Vermögenssteuern, Feuerversicherungsstatistiken usw. zu Schätzungen des Privatvermögens zu gelangen. Wie groß schließlich der Anteil der freien Güter am gesamten Vermögen des Volkes ist, wird praktisch kaum jemals berechnet werden können. Die Ermittlung des Volkvermögens scheitert in erster Linie an der Schwierigkeit, freie volkswirtschaftliche Güter, nichtstoffliche Dinge, in Geld umzurechnen. Oder hat jemand jemals berechnet, auf wieviel Millionen Mark sich der Gebrauchswert der Erde stellt, auf der goldreiche Raststätte zu Tals gleiten, die Mühen treibt, Wiesen bewässert usw.? Alle Veruche, das Volkvermögen zu ermitteln, müssen die große Masse seiner nicht kaufwertigen Bestandteile wegen dieser Schwierigkeiten auscheiden und sich lediglich auf die Kaufobjekte beschränken. Aber auch diese lassen sich nicht vollständig erfassen. Eine Statistik der Privatvermögen, die wir, wie erwähnt, nicht haben, würde diesem Mangel nicht abhelfen. Denn sie würde zum Beispiel die im Besitze der einzelnen Personen vorhandenen Wertpapiere entlassen. Auch Häuser und Grundstücke, die mit Hypotheken belastet sind, repräsentieren einen verschiedenen Wert, je nachdem man sie privat- oder volkswirtschaftlich betrachtet.

Da das Volkvermögen nicht gleich zu erachten der Summe aller Privatvermögen ist, so ist es möglich, daß die Bewegung der beiden Vermögensarten unter Umständen entgegengesetzt verläuft. Das Privatvermögen kann zunehmen während das Volkvermögen sich vermindert. Eine solche Bewegung erlebten wir während des Krieges. Das deutsche Geld und das deutsche Volk sind durch den Krieg ärmer geworden; denn er geröstete Millionenwerte und gab Millionen von Leben dem Tode preis. Diese vernichteten Erzeugnisse aber gehören zum Volkvermögen. Denn der Mensch ist zwar nicht privatwirtschaftlich, wohl aber volkswirtschaftlich Vermögensobjekt. Die Volkswirtschaft eines Landes das über 70 Millionen Menschen verfügt, ist — unter der Voraussetzung sonst gleicher Bedingungen — doppelt so reich als eine, die nur 35 Millionen in sich begreift. Daher bedeuten die Wertverluste des Krieges gleichzeitig Vermögensvermindernungen. Die gegenteilige Behauptung, wir seien durch den Krieg reicher geworden, quillt hauptsächlich aus der ertümelten Auffassung, daß die riesige Geldvermehrung während des Krieges, die sich über die Privatwirtschaft ergoß, auch die Gesamtheit bereichere. Geld dient nur der Uebertragung von Vermögen, es macht einzelne wohlhabender, aber nicht die Gesamtheit. Ebenso wenig bedeutet der große Umlaufvermögen, der Waren in Geldkapital verwandelt, für die Gesamtheit keinen Zuwachs oder Gewinn. Wäre

das Volkvermögen eine bloße Zusammenzählung aller Privatvermögen, dann wäre das Gegenteil der Fall.

Wir haben im Vorhergehenden den Fall besprochen, daß das Privatvermögen zunimmt, während gleichzeitig das Volkvermögen sich verringert. Es kann aber auch das Umgekehrte eintreten: das Vermögen des Volkes kann zunehmen, ohne daß in der Menge oder dem Aufbau der Privatvermögen eine Änderung vor sich geht. Das ist der Fall bei Annektionen. Als Preußen Schleswig-Holstein (1864), Hannover (1866) und das Reich Elsaß-Lothringen (1871) annektierte, wurde nicht ein einziger deutscher Bürger um einen Pfennig reicher; denn der Reichtum der Bürger hat mit dem Umlauf des Staates nichts zu tun. Die deutsche Volkswirtschaft aber erhielt einen Zuwachs an Menschen und Gütern. Es ist ein Trugschluß, wenn Angell Normann in seinem hervorragenden Buch: Die falsche Rechnung* behauptet, daß ein Volk seinen Reichtum nicht vernehme, wenn es sein Landgebiet vergrößert, da der Eroberer außer Landes sei, den Reichtum des eroberten Gebietes zu beschlagnahmen. „So sehen wir“, sagt er, „daß Deutschland durch die Eroberung Elsaß-Lothringens eine Provinz gewonnen von einem Wert von 68 Millionen Pfund Sterling. Was wir aber übersehen, ist der Umstand, daß Deutschland zugleich das Volk annektierte, welches das Eigentum nach wie vor besitzt.“ (Seite 61.) Er folgert daraus, daß Deutschland nicht reicher geworden ist. Genüß, der private Reichtum bleibt in den Händen der Annektierten, er wird nicht gestohlen. Aber der Volkreichtum ist eben nicht die Summe der Einzelreichtümer. Der Fehler dieser Betrachtung liegt darin, daß Normann und seine Anhänger — wie übrigens auch viele Schriftsteller aus dem entgegengesetzten Lager — in einer eigenartigen östlichen Täuschung den grundlegenden Unterschied der beiden Begriffe Privat- und Volkvermögen nicht sehen. Sind diese Betrachtungen richtig, dann müssen alle Auffstellungen über die Größe des Volkvermögens wissenschaftlich völlig wertlos sein, und zwar so, daß ihnen auch nicht einmal ein verhältnismäßig vergleichender Wert zukommt. Das Verfahren, den Reichtum verschiedener Völker untereinander an der Hand der gewonnenen Zahlen zu vergleichen, ist daher ebenso anfechtbar wie die daraus gezogenen Schlußfolgerungen.

Alle Veruche, die Größe des Vermögens eines Volkes zu berechnen, müssen aber auch an einer weiteren in dem Begriff selbst liegenden Unmöglichkeit scheitern. Denn in jeder Volksgemeinschaft besteht das Vermögen des einen aus dem Umlaufvermögen des andern, das heißt aus dem, was er nicht vermag. Die mangelnde Gemeinbarkeit der Interessen macht es unmöglich, den Begriff des Volkvermögens analog dem des Privatvermögens zu konstruieren, das heißt das Volkvermögen als die Summe der in Privatbesitz befindlichen Güter zu betrachten. Dieser Irrtum, der immer wieder auftaucht, beruht auf einer unklaren, theoretischen Erfassung der in der Volkswirtschaft vorhandenen Zusammenhänge. Man erkennt nicht genügend scharf, daß in jeder Volkswirtschaft verschiedene Klassen bestehen, deren Ansprüche sich gegeneinander aufheben. So die der Gläubiger und der Schuldner. Was die einen als Vermögen bezeichnen, ist genauer betrachtet die ergänzende Entschädigung des Umlaufvermögens der andern. Umlaufvermögen besteht in der Volkswirtschaft dieses Verhältnis. Das „Haben“ der einen ist das „Soll“ der andern. Forderung und Gegenforderung heben sich auf. Es tritt der Ausgleich ein, Null ergibt aber mit jeder Kapitalfließbewegung immer noch Null.

Diese Darlegungen zeigen deutlich, welchen Wert alle bisherigen Zusammenstellungen haben müssen, die mit dem Anspruch auftreten, das Volkvermögen auch nur zu schätzen. So hat Professor Dr. Helfferich zum Beispiel den Wert des deutschen Volkvermögens 1911 auf annähernd 331 bis 337 Milliarden Mark berechnet.** Zu ähnlichen Ziffern kommt Professor Ballod. Viel höher erscheint es in einer Schrift über das reiche Deutschland von Steimann-Bucher. Solche Auffstellungen können nur in einem Lande Beachtung finden, dessen Bevölkerung sich autoritär orientiert und in seinen oberen und unteren Schichten daran gewöhnt ist, lediglich privatwirtschaftlich zu denken, für die aber die Nationalökonomie eine mit 7 Siegeln verschlossene Geheimwissenschaft ist. Die aber, die bezahlte Berechnungen aufgestellt haben, sind einer unklaren Begriffsbildung zum Opfer gefallen. Die Irrtümer ihrer statistischen Schätzung lassen sich wie folgt zusammenfassen: 1. Sie beruhen auf einer begrifflichen Verwirrung, indem sie die 3 Arten von Vermögen nicht auseinander halten. 2. Sie beachten die freien Güter nicht, die wichtige Bestandteile des Volkvermögens sind. 3. Sie verfolgen zum Teil Zwecke, die nicht mehr wissenschaftlicher, sondern rein politischer Natur sind.

Das gilt vor allem für die Schrift Steimann-Buchers.*** Sie war entstanden mitten im Kriege, das heißt

* Angell Normann: Die falsche Rechnung. Was bringt der Krieg ein? 11. bis 20. Teilchen. Garcoltenberg. Seite 48.
** Deutschlands Volkswirtschaft 1898—1913, 3. Auflage. Berlin 1914.
*** Deutschlands Volkvermögen im Kriege. Stuttgart 1916.

zu einer Zeit, als alles darauf ankam, durchzuhalten und Kriegsanfänge zu zeichnen. Der Wert einer bezahlten Schrift konnte unter diesem Gesichtswinkel darin gesehen werden, daß sie bewußt oder unbewußt in der Richtung und im Dienste politischer Zwecke „gegen den wirtschaftlichen Realismus“ wirkte. Es war daher nicht weiter verwunderlich, daß diese nicht auf reiner Wissenschaft, das heißt Erforschung der Wahrheit, aufgebaute Arbeit mit der Veränderung der politischen Lage selbst ihrem Verfasser beifällig erscheinen mußte. Diese Meinung trat ein, als das feindliche Ausland die Ergebnisse der deutschen Volkswirtschaftsstellungen zu dem Nachweise verwendete, daß Deutschland in der Lage sei, eine Kriegsentlastung von 600 Millionen Pfund, gleich einer Jahresleistung von 12 Milliarden Mark zu zahlen.*** Ein so reiches Land, das selbst England und Frankreich an absolutem Volkvermögen übertrage, könne ruhig 12 Milliarden im Jahre tragen! Das war die Summe, die Steimann-Bucher als fiktives Vermögen zuwachs berechnet hatte.*** Als Steimann-Bucher sah, was er mit seiner „Statistik“ angerichtet hatte, schreie er sich hin und schrieb eine neue Schrift, die das Gegenteil der früheren zu beweisen suchte. Diese neue Schrift erschien 1919 und betitelt sich „Volkvermögen“? Hatte er früher dargelegt, daß wir durch den Krieg reicher geworden seien, so bewies er jetzt das Gegenteil. Das Schlussergebnis seiner statistischen Auslegung ist, daß Deutschland vollkommen unfähig sei, große Kriegsentlastungen zu zahlen. Das Finanz- und Handelsblatt der „Vossischen Zeitung“ (vom 12. März 1919) begriffe auch das neue Buch als interessant und belegvoll und reich an wertvollen Zahlen, ohne nur mit einem Wort derartige mit dem Mantel der Wissenschaft verüllte Tendenzforscherei zu brandmarken.

Wir haben zum Schluß noch kurz den Begriff des Nationalvermögens zu untersuchen. Das Nationalvermögen ist nicht gleich zu erachten mit dem Volkvermögen. Die beiden Begriffe „Volk“ und „Nation“ sind verschiedenen Inhalts. Die Methode der „Sprachreiniger“, national mit völliger zu übersehen, beruht auf einer Verkenntnis der Bedeutung der beiden Begriffe. Das kann jeder sofort an einfachen Beispielen erkennen. Eine Volkserhebung ist etwas ganz anderes als eine Nationalversammlung. Ein Volksteil ist etwas ganz anderes als ein Nationalteil. Das Volkvermögen ist daher auch nicht dasselbe wie das Nationalvermögen. Es ist vielmehr eine besondere Gattung. Das Nationalvermögen umfaßt die Summe der Güter, die sich in der Verfügungsgewalt öffentlich-rechtlicher Körperchaften befinden. Zum Nationalvermögen gehört daher alles, was nicht im Privatbesitz liegt und nicht freies Gut ist. Das Nationalvermögen des Deutschen Reiches schließt Grund und Boden, Forsten, Bergwerke, Eisenbahnen usw. in sich, die dem Reich oder einem Eingekauft oder irgend einer öffentlichen Körperchaft gehören. Diese Unterabteilung ist notwendig, um es für bestimmte Zwecke, zum Beispiel Staatsrechtlich, zu eliminieren. — Wir haben im Vorhergehenden einen sehr schwierigen und wenig geklärten Stoff der Nationalökonomie behandelt. Es geschah dies in der Absicht, zum kritischen Nachdenken aufzufordern und vor dem gedankenlosen Gebrauch der verschiedenen Vermögensbegriffe und Vermögensstatistiken zu warnen.

Die Jugendbewegung im neuen Zeitalter.

Erfreulicherweise finden wir heute, daß bei den führenden Gewerkschaftsstelligen in unserem Verbands- und auch darüber hinaus, dem Wohl und Wehe der Jugend und jugendlichen Arbeiter eine ganz besondere Beachtung geschenkt wird. Die Jugendbewegung, die schon vor dem großen Menschenmorden und dem Zerbrechen der Kulturwerke einsetzte und die besonders in den Großstädten einige Bedeutung erreicht hatte, trotz aller Deminution, steht nach dem Kriege, und noch mehr nach der politischen Umwälzung, vor ganz neuen, großen Aufgaben. Wir haben als Berufsorganisation die Frage der Jugendbewegung von zwei seitlichen Gesichtspunkten aus zu betrachten und nach dem erkannten Ziele mit Eingebung und Ausdauer zu arbeiten. Zunächst müssen die Lehrlinge und jugendliche Arbeiter zu lebendigen, aufnahmefähigen Gliedern unseres Verbandes herangebildet und als solche behandelt werden. Im Mittelpunkt unseres Schaffens auf dem Bau und der Werkstatt muß der junge Mensch seine Form, seine berufliche und sittliche Erziehung erfahren. Aus dem Kunstwert des geschaffenen Bauwerks und der Erkenntnis seiner Stellung zur Arbeit soll ihm eine Quelle der Freude entstehen und seinem Fühlen und Denken ein Raum des Pflichtbewußtseins, ein Lebensinhalt werden. Die jungen Gelehrten sollen sich streifen und die Werben sich spannen in den Gedanken, bald ein begeisterter Kämpfer für die Rechte und den Adel der Arbeit zu werden. Indem der jugendliche Arbeiter gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Ausbeutung und Entwertung durch die Unternehmer von den älteren Kollegen geschützt wird, verleiht er so recht geistig, wie das Wand der Solidarität sich um seine Schulter windet. Freilich muß immer das

* „Times“ vom 5. Februar 1919.
** 12 bis 14 Milliarden Mark.

der Verbraucher hinderten, das ganze Maß an Können in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbände.

In 739 Vereinen haben sich unter 448 749 Mitgliedern 7136, oder von Hundert 2,07 arbeitslos gemeldet gegenüber 2,20 am vorigen Jahrlage.

Table with columns: Bezirk, Anzahl der Vereine, Anzahl der Mitglieder, Anzahl der arbeitslos gemeldeten, etc. Includes rows for Königsberg, Bromberg, Stettin, etc.

zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen nach unsern Bestellungen 1204 eingelen sind. Da wir im dritten Quartal 1913 bis auf 25 271 Mitglieder gekommen waren...

Nach schwerer gestellten sich die Verhandlungen im Tiefbaugewerbe. Mit den Steinmetzern ging es ziemlich gut...

konnte bisher für das Hochbaugewerbe trotz aller Mühen und Verhandlungen eine Einigung über den Inhalt des neuen Arbeitsvertrages für das Holzgebiet Köln nicht erzielt werden.

Berichte.

Bezirk Bremen. Das Ergebnis unserer diesjährigen Lohnbewegung ist aus den nachstehenden Zahlen ersichtlich.

Table showing wage changes for various trades in Bremen. Columns: Berufsgewerbe, Stundenlohn am 1.1.19, Stundenlohn nach der Bewegung, Lohnaufschlag.

In Bohle, Altenthal, Dissen, Mahrdorf, Meppen und Weener wird noch verhandelt. In Twistringen und Utingen wird gezeilt.

Bezirk Dresden. Die Mitgliederzahl, die wir vor dem Kriege hatten, ist noch nicht wieder erreicht.

Bezirk Berlin. Die Mitgliederzahl, die wir vor dem Kriege hatten, ist noch nicht wieder erreicht.

Bezirk Köln. Die Mitgliederzahl, die wir vor dem Kriege hatten, ist noch nicht wieder erreicht.

Bezirk Frankfurt. Die Mitgliederzahl, die wir vor dem Kriege hatten, ist noch nicht wieder erreicht.

Wichtiges. In dem Bericht in Nr. 20 ist ein Artikel enthalten. Zu dem Schlüsselsatz des Wortes 'Arbeit'...

Wichtiges. In dem Bericht in Nr. 20 ist ein Artikel enthalten. Zu dem Schlüsselsatz des Wortes 'Arbeit'...

Wichtiges. In dem Bericht in Nr. 20 ist ein Artikel enthalten. Zu dem Schlüsselsatz des Wortes 'Arbeit'...

Wichtiges. In dem Bericht in Nr. 20 ist ein Artikel enthalten. Zu dem Schlüsselsatz des Wortes 'Arbeit'...

